

Rezension

[erschieden im Rundbrief 1/ 2009 der Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW), ISSN 1998-5835]

OffenBar(t) der richtige Zeitpunkt

Von Jana Kübel

„Genau zum richtigen Zeitpunkt“ ist das ÖZP-Heft 2008/4 „Islam im öffentlichen Raum. Debatten und Regulationen in Europa“ erschienen. Dies meinte Sieglinde Rosenberger (Universität Wien, Institut für Politikwissenschaften) in ihrer Einleitung zur Präsentation und Diskussion des Heftes am 11. März 2009, die in der Universität Wien stattfand. Denn obwohl das Heft schon seit 2006 in Planung war, sei es genau jetzt in seiner Thematik aktuell. Wo das Thema Politik und Religion bisher marginal gestreift wurde, hat sich in den letzten Jahren mit dem Sichtbarwerden des Islams eine politikwissenschaftliche und nun auch gesellschaftliche Debatte um den säkularen Staat entwickelt. Dass dieses vielschichtige Thema in vielen emotionalen Bereichen wie zum Beispiel in Traditions-, Kultur-, Geschlechter- und Identitätsfragen wiederholt, lässt sich auch anhand der Beiträge im aktuellen Heft nachzeichnen. Zwei dieser Beiträge skizzierten die AutorInnen anschließend selbst:

Mouhanad Khorchide (Soziologe / Islamwissenschaftler), der Verfasser des Artikels „Wie viel Staat braucht der Religionsunterricht in Europa?“ hielt in seinem Kurzstatement fest, dass es bei der Antwort zu dieser Frage nicht um Einmischung, sondern um Kooperation gehen müsse und hob hier das deutsche System als Beispiel für einen offenen Dialog hervor. In Christina Hollomeys (Sozialanthropologin / Universität Wien, Institut für Kultur- und Sozialanthropologie) kurzem Vortrag zu ihrem Artikel „Integration im Spannungsfeld kultureller Differenzen: Islam und Geschlecht in der Marktgemeinde Telfs“ wurde ähnliches bekräftigt. Sie hatte sich 2006 in ihrer Diplomarbeit vor allem mit den Frauenbildern beschäftigt, die von den türkisch islamischen Vereinen ATIB und IKZ entworfen wurden, sowie von dem Bild *der* Muslimin innerhalb der österreichischen Mehrheitsgesellschaft. Dieses stereotype ungebildete, „geheiratete“ Bild konstruiert eine Zielgruppe für das Integrationsprojekt, das an der sozialen Realität vorbei geht. Eine spätere Anmerkung hierzu aus dem Publikum war die Frage, ob dieses Frauenbild in einer patriarchalischen Gesellschaft nicht immer noch allgemeingültig auf alle Frauen ausgelegt werde. Eben diese Wirklichkeit festzustellen und darauf zu reagieren, resümierte Hollomey weiter, sei Aufgabe der Kommunalpolitik, was auch Maria Vassilakou (Klubobfrau der Grünen in Wien) unterstreicht. Sie sprach in ihrem Statement von der Haltung der Grünen in der Debatte, deren Stellung eindeutig Antidiskriminierung, Menschenrechte und damit auch Religionsfreiheit wahren wollen. Ein reines „Nebeneinander“, was für Vassilakou der Begriff Multikulturalität bedeute, sei aber nicht erstrebenswert, viel mehr solle in Zukunft eine interkulturelle Gesellschaft und ein „Miteinander“ entstehen.

Für die Politik gelte es Maßnahmen zu finden, die nicht in den persönlichen Lebensraum eingreifen, aber doch zum Beispiel Rechte, wie zum Beispiel die der Kinder, Frauen oder Homosexuellen zu wahren. Die Schnittstelle und damit größte Streitfrage sei das öffentliche Leben, sowie der öffentliche Dienst im Speziellen. Das Kopftuch wurde in diesem Zusammenhang als großer, aber auch von Fall zu Fall unterschiedlich zu bewertender Faktor beschrieben – Beispiel sei das U-Bahnfahren, bei dem diese Art der Kopfbedeckung als nicht störend empfunden wird, im Polizeidienst dagegen spricht die Stadträtin sich gegen das

Tragen dieser aus, da hier „hundert Prozent Neutralität“ verlangt werde und durch ein Verbot das Schließen auf vorurteilsbelastetes Handeln vermieden werden könne. Diese Haltung löste die größte Kritik und meisten Kommentare in der späteren Publikumsdiskussion aus. Omar Al-Rawi (SPÖ-Abg. zum Wiener Landtag und Gemeinderat) dagegen beurteilte die Kopftuchfrage im öffentlichen Dienst als eine Frage der Ressourcen und Verteilung, da erst mit dem sozialen Aufstieg und der damit verbundenen Sichtbarkeit das Tragen des Kopftuches zur Streitfrage würde. Al-Rawi spricht sich für die Chancengleichheit aus und fügte hinzu, dass Religion als Privatsache zu bezeichnen nicht bedeutet, dass dies im Versteckten und Geheimen stattfinden muss. Auch meint er, dass es gerade jetzt immer wichtiger wird auch „religiöse“ Kompetenzen als Politiker zu besitzen, um Diskriminierungen orten und auf neue Begebenheiten reagieren zu können, wobei „reagieren“, seiner Meinung nach schon zu wenig sei, da längst mehr Aktivität von Seiten der Politik gefordert und notwendig sei. Der dreihundert Jahre zurückliegende Vergleich mit der evangelischen Gemeinde und der heutigen Situation der Musliminnen in Österreich, wurde mit der scharfen Publikumsbemerkung quittiert, achtzig Jahre und damit der Vergleich mit dem Antisemitismus würden genügen. „Manchmal fühle ich mich wie ein Jude“, meinte die junge Muslimin dazu im Publikum. Al-Rawi sagte zwar er könne diese Gefühle gerade nach dem Wahlkampf der FPÖ im Jahr 2005 verstehen, allerdings sei der Vergleich mit der Judenverfolgung nicht angebracht. Auch sei es gerade für Musliminnen schwer, da die meisten Debatten eben über die weibliche Kopfbedeckung geführt werden, während „Männer aus dem Schneider“ seien. Tatsächlich, so meint es eine Publikumsbemerkung, würde es höchstwahrscheinlich nicht mehr lange dauern, bis die Frage nach dem Bart als religiöses Symbol geführt werden würde. Mouhanad Khorchide nannte diese Streitfragen um Äußerlichkeiten künstlich geführte Debatten, Al-Rawi dagegen folgerte aus den bisherigen Ereignissen, dass die „Bart-Frage“ vielleicht wirklich nicht mehr lange auf sich warten lasse. Vassilakou meinte ihrem Schlusssatz, es sei an der Zeit, dass die Politik die richtigen Maßnahmen setze, das „diversity management“ richtig anwendet und, dass diesem Prozess natürlich die Frage nach Öffentlichkeit und Privatheit in Bezug auf Religion vorausgesetzt sein müsse. Die Politik habe die Aufgabe der Inklusion, da der kulturelle Hintergrund einer Gesellschaft die Summe *aller* ihrer Praxen sei. Und hierzu gehört der Islam längst.